Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur werktags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 13 690.

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grade, Dresden; für Ausland: Karl Drechsler, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Mischer, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

7. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 29. Dezember 1931 — Nummer 216

Ein bedeutungsvolles Geständnis des „Vorwärts"

„Hitler kann die Notverordnungen Brünings restlos übernehmen!"

Selbstentlarvung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik durch das Zentralorgan der SPD. Der „linke" Sozialdemokrat Düwell preist faschistische Staatsdiktatur als Schutz vor dem revolutionären Klassenkampf

SPD-Arbeiter, brecht mit der Tolerierungspolitik!

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der Vorwärts, veröffentlicht einen Aufruf für die sogenannte „Eiserne Front", der wider Willen zu einem glatten Geständnis über die faschistische Rolle der Tolerierungspolitik wird. In diesem Aufruf heißt es:

„Wir möchten jeden Eid darauf leisten, daß Herr Hitler, zur Macht gelangt, auch nicht eine der Brüningschen Notverordnungen aufheben würde. Er würde froh sein, sie „fertig geliefert" zu bekommen, ohne mit ihrer Unpopularität belastet zu sein, und würde noch ein Dutzend weitere Notverordnungen hinzufügen."

Diese Erklärung stellt eine glatte Selbstentlarvung der Tolerierungspolitik durch das Zentralorgan der SPD dar. Sagt es doch nicht mehr und nicht weniger, als daß Brüning in der Praxis denselben Kurs steuert wie Hitler. Dieses Zitat zerreißt auch die verlogenen Argumente der sächsischen SPD-Führer, die die Unterstützung des Schieck-Brüning-Kurses als „Rettung vor dem Faschismus" proklamieren.

Damit ergänzt der Vorwärts die Behauptungen Nazi-Strassers, daß die Brüningschen Notverordnungen nichts anderes als abgeschriebene Programmpunkte der Nazipartei darstellen.

Jetzt wenden wir uns an euch, sozialdemokratische Arbeiter! Ihr spürt tagtäglich am eigenen Leibe, was die Brüningpolitik euch bringt. Ihr hört auch tagtäglich von euren Führern, daß diese Politik ein „Schutzwall gegen Faschismus" sei. Ihr lest diese Lüge täglich in der Volkszeitung. Jetzt habt ihr ein Geständnis des Zentralorgans der SPD. Mit diesem Geständnis wird bestätigt, was die Kommunistische Partei als Anklage erhebt gegen eure Führer, die euch und die gesamte Arbeiterklasse ins Verderben führen: **Die Tolerierungspolitik bereitet der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland den Weg. Ohne Tolerierungspolitik kein Faschismus, ohne Stützung des Brüningregimes kein Hitlerregime!**

Sozialdemokratische Klassengenossen! Nehmt in den Mitgliederversammlungen eurer Partei und in den Gewerkschaften Stellung zu dieser Selbstenthüllung der Wels, Breitscheid und Edel. Schreibt uns eure Meinung über die Tolerierungspolitik und ihre Auswirkung auf euch. Sagt uns, ob ihr der Meinung seid, daß ein Unterschied bestehe zwischen der Tolerierung im Reich und der des Herrn Schieck in Sachsen! Antwortet auf die faschistische Politik des Parteivorstandes und seiner Lakaien durch die Herstellung der Einheitsfront unten in den Betrieben und auf den Stempelstellen zum Kampf gegen den Faschismus in jeder seiner Erscheinungsformen.

Rüstet zur Massenbeteiligung am roten Volksentscheid in Sachsen, der Kampfansage gegen den sächsischen Brüningkurs!

Nur durch die kämpfende proletarische Einheitsfront kann und wird der Faschismus zu Boden gerungen!

Die Fragen, die diese Aeußerung des Vorwärts gegen den Willen und gegen die Absicht der SPD-Führer aufrollt, sind in der jetzigen Situation von entscheidender Bedeutung, stellt doch die These von der „Verhinderung des Hitlerregime" durch die Stützung der Brüningdiktatur die einzige „Verteidigung" der Politik der SPD-Führer gegenüber der wachsenden Rebellion der sozialdemokratischen Proletarier dar.

Mit dem systematischen Geschrei über das Hitlerregime hat man die Brüningdiktatur und in Sachsen die Schieckherrschaft in den Sattel gehoben und gehalten. Auf der anderen Seite versuchen dieselben Führer das Zustandekommen einer kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter gegen den offenen blutigen Terror des Faschismus zu sabotieren, die proletarische Abwehr der faschistischen Offensive mit allen Mitteln zu verhindern. Sie lieferten auf der einen Seite dem nationalsozialistischen Flügel des Faschismus billige Argumente zur Benebelung der Kleinbürgermassen, und fesselten die Kraft der Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur des Großkapitals, indem sie die kampfbereiten Arbeiter mit der Losung: „Staat packzu!" abzulenken versuchen von dem Charakter des kapitalistischen Staates, dem Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. Bei der Durchführung dieser erbärmlichen Aufgabe fanden und finden sich die ehemals „linken" SPD-Führer mit den offensten Vertretern der kapitalistischen Staatserhaltung. Am selben Tage, an dem im Vorwärts das Geständnis der prinzipiellen Uebereinstimmung zwischen Hitlerprogramm und Brüningkurs zu lesen ist, wagt es

Bernhard Düwell im Sächsischen Volksblatt

die faschistischen Maßnahmen des Klassenstaates der Bourgeoisie als ein Stück „Vorstufe" zur „sozialistischen Umgestaltung" der Gesellschaftsordnung darzustellen. Wörtlich schreibt dieser „linke" Klopffechter der Tolerierungspolitik:

„Schon ist der kapitalistische Klassenstaat selbst zu Eingriffen in die Freiheit des Ausbeutertums gezwungen."

Er verteidigt also die Brüningdiktatur mit genau derselben Inanspruchnahme für sein „Parteiprogramm" wie es Nazi-Straßer im Freiheitskampf nach Erlaß der Notverordnung getan hat. Bernhard Düwell erklimmt dabei den Gipfelpunkt des Verrats am Marxismus, indem er den SPD-Arbeitern gegenüber sogar den kapitalistischen Staat als Schutz vor einer revolutionären Umgestaltung des verfallenden kapitalistischen Systems anpreist. Nach der Feststellung, daß die Produktivkräfte mit der gesellschaftlichen Ordnung in Widerspruch geraten sind, erklärt er als Schlußfolgerung:

„... deshalb ergibt sich für den Staat selbst die Notwendigkeit, für Auswege zu sorgen, die der Wirtschaft neue Entfaltung sichern, und die zerstörende Revolte aller gegen alle hindern."

Bernhard Düwell proklamiert also die Diktatur des kapitalistischen Staates gegen die proletarische Revolution, von der er bezeichnenderweise mit den Worten des Bourgeois spricht: „... Zerstörende Revolte aller gegen alle ...", so nennt dieser Verräter am Marxismus, dieser Lakai der herrschenden Klasse den revolutionären Klassenkampf! Und zu Hilfe ruft er den kapitalistischen Staat und seine Organe, von dem Friedrich Engels, der Mitbegründer des Marxismus, erklärt:

„Der Staat ist das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse ... in der Monarchie nicht weniger als in der Republik."

Und keine andere Stellungnahme als die Düwells stellt der Appell der Böchel, Edel und Liebmann dar, die im sächsischen Landtag den Leitern der sächsischen Brüning-Filiale attestierten, daß diese den „Kampf gegen den faschistischen Terror" zu führen bereit seien.

Jetzt können die ehrlichen, kampfgewillten SPD-Arbeiter erkennen, wie recht die Kommunisten haben, wenn sie den Bruch mit diesen Führern als unbedingte Voraussetzung für einen Sieg der proletarischen Einheitsfront über den Klassenfeind erklärten!

Deshalb müssen und werden sie dem Rufe der Kommunistischen Partei folgen, die ehrlich und von keinem anderen Gedanken als den der Verteidigung des wahren Marxismus und der Interessen der Arbeiterklasse getragen, den Appell zur roten Einheitsfront an sie richten zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus, Not und Reaktion, gegen Kapitalsdiktatur und reformistischen Arbeiterverrat, für Arbeit, Lohn, Brot und Freiheit, für den Sieg des Sozialismus über das verfaulende kapitalistische Regime und seine faschistischen Lakaien!

Die Regierung verordnet:

Lohnabbau-Diktat muß in Kraft treten!

Berlin, 29. Dezember (Eig. Meldung)

Amtlich wird mitgeteilt:

In der Oeffentlichkeit sind Zweifel an dem zwingenden Charakter der in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgeschriebenen Lohn- und Gehaltssenkung aufgetaucht. Nach der Auffassung der zuständigen Stellen, die auch in der amtlichen Verlautbarung zur Notverordnung zum Ausdruck gekommen ist, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die im engsten Zusammenhang mit der Senkung des gesamten Preisstandes stehende **Herabsetzung der tariflichen Löhne und Gehälter ab 1. Januar 1932 kraft Gesetzes eintritt.** Die Tarifvertragsparteien haben lediglich das aus der Verordnung ersichtliche **Ausmaß** der Kürzung in den einzelnen Tarifverträgen als dessen Bestimmung zu übernehmen, wobei sie im Rahmen der Vorschriften der Verordnung **Unebenheiten beseitigen können**, die sich etwa bei dem Eingreifen in den Tarifvertrag ergeben. Nur falls ihnen das nicht gelingt, hat der **Schlichter das Recht, Festsetzungen gemäß den Vorschriften der Verordnung zu treffen.**

Dieser Erlaß Brünings verstreut alle von den Gewerkschaftsführern verbreiteten Märchen, **daß ein Lohnabbau erst nach Abschluß der Verhandlungen eintreten würde.** Der Lohnabbau ist laut Notverordnung am 1. Januar 1932 diktiert und daran hält die Brüningregierung fest.

Was die Arbeiter dazu sagen, das steht allerdings auf einem anderen Blatt.

RGO-Streik bringt 100% Lohnerhöhung

Dortmund, 29. Dezember (Eig. Drahtbericht). **Der Streik bei der großen Fischräucherei Schaap im Dortmunder Hafen wurde unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition siegreich beendet. Die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter sind um durchschnittlich 100 Prozent erhöht worden. Des weiteren wird die im Kampfprogramm geforderte Wahl zum Betriebsrat sofort ausgeschrieben. Maßregelungen finden nicht statt.**

Neuer Textilarbeiterstreik in Mittweida

In der Weißthaler Spinnerei und Weberei, Abteilung Graupner in Mittweida wurde folgender Zettel an die Stammarbeiter verteilt:

„Da bisher die Verhandlungen über die Bezahlung der Arbeit auf breiten Stühlen noch nicht zur Einigung geführt haben, sehen wir uns gezwungen, Ihr Arbeitsverhältnis auf Freitag, den 25. Dezember 1931, zu kündigen.

Gleichzeitig bieten wir Ihnen ein neues Arbeitsverhältnis an auf Grundlage eines Abzuges von 22 Prozent vom Zweistuhl-Satz, wie er für die übrigen Dreistühler gilt.

Weißthaler Spinnerei und Weberei, Aktiengesellschaft."

Die Arbeiter nahmen in einer Abteilungsversammlung zu diesem Lohnabbau Stellung. Nachdem Verhandlungen mit dem Unternehmer scheiterten, wurde erneut in einer zweiten Versammlung Stellung genommen. In dieser wurde über den Streik abgestimmt. Die Mehrheit dieser Weber erklärte sich für den Streik. Daraufhin wurde sofort der Betrieb verlassen. Eine Streikleitung aus zwei oppositionellen Kollegen und aus parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern wurde gewählt. Der Gewerkschaftsbonze Müller versuchte den Streik zu verhindern, denn **„es käme sowieso nicht viel heraus"**. Die Kollegen gaben ihm, als er versuchte, mit Lügen über den Leipziger Baumwollestreik zu operieren, die gebührende Antwort. **Der Streik wurde also gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie ausgelöst.**